

Isabel Kling
Pressesprecherin
Telefon (0711) 20 63-819 und -815
Mobil: 0172-7338969
Isabel.kling@cdu.landtag-bw.de
Haus der Abgeordneten 70173 Stuttgart

16. September 2011

Pressemitteilung

Nr. 111/2011

Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Peter Hauk MdL:

„Wir vertrauen auf die Menschen im Land“

„Seit dem 27. März hat man irgendwie das Gefühl, dass Baden-Württemberg Kopf steht. Ein rechtswidriger Haushalt wird verabschiedet, der Rechtsstaat rückt in die 2. Reihe, Verträge werden nicht mehr eingehalten, demokratische Beschlüsse außer Kraft gesetzt und dafür werden Gesetze von der Regierung eingebracht, mit der Absicht, sie nicht, wie eigentlich zu erwarten, anzunehmen, sondern sie scheitern zu lassen. Eine Antwort auf dieses Verhalten und auf das Unrechtsbewusstsein, dass es bei den Menschen auslöst, kann kein Richter geben. Eine Antwort bleibt bei diesem Verhalten der Regierung einzig und allein den Baden-Württembergerinnen und Baden-Württembergern vorbehalten“, sagte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Peter Hauk am Freitag (16. September) im Rahmen der Sondersitzung des Landtags, in Stuttgart.

Das von der Regierung eingebrachte Kündigungsgesetz sei ein einziges Wirr Warr. „Die Regierung spricht von Kündigungsrechten, wo es keine gibt. Die Regierung verletzt allein mit der Einbringung des Gesetzes ihre Projektförderungspflicht aber die größte Unglaublichkeit liegt in der Intransparenz, die mit diesem Gesetz verbunden ist“, erklärte Hauk.

Mit keinem Wort erwähne die Regierung die Folgekosten des Gesetzes. Dass der Haushalt und damit die Steuerzahler mit mindestens 1,5 Milliarden Euro Ausstiegskosten belastet würden, werde einfach verschwiegen. Dass die Menschen nicht über die Frage Stuttgart 21 Ja oder Nein, sondern über die Prüfung von nicht vorhandenen Kündigungsrechten abstimmen sollen, werde verschwiegen. „Wir vertrauen auf die Menschen im Land, auf ihr Urteilsvermögen und ihr Rechtsempfinden. Wir werden den Menschen das Handeln und die tatsächlichen Absichten der Grünen mit diesem Gesetz vor Augen führen und am Ende zählt dann die Stimme des Volkes“, betonte der Fraktionsvorsitzende.

„Wir werden der Regierung die Intransparenz bei der geplanten Volksabstimmung nicht durchgehen lassen und verlangen deshalb eine neutrale und mit dem Landtag abgestimmte Informationsbroschüre nach Schweizer Modell, die gemeinsam mit der Wahlbenachrichtigung versandt wird“, forderte Hauk. Diese müsse den Menschen sowohl die Regeln bei der Volksabstimmung, das genaue Vorgehen, den Gesetzestext, die exakte Fragestellung und die Ausstiegskosten, sollte das Gesetz angenommen werden, aufzeigen.

Nicht die Volksbeteiligung werde von den Grünen angestrebt, sondern ein Ausweg aus dem Koalitionsdilemma gesucht. „Wir haben zwei Partner, die sich bei einem zentralen Thema nicht einigen können. Anstatt eine klare Entscheidung zu treffen, versteckt sich der Ministerpräsident hinter dem Instrument der Volksabstimmung. Würde er die Bürger wirklich einbeziehen wollen, wäre dies löblich. Da es ihm aber nur um den eigenen Machterhalt und die Herstellung des Friedens in der Koalition und nicht dem im Land geht, ist sein Vorgehen aufs schärfste zu verurteilen“, sagte Peter Hauk.